

Kraukauer Zeitung.

Nr. 108.

Montag, den 12. Mai

1862.

Die „Kraukauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementpreis: für Kraukau 4 fl. 20 Kr., mit Verendung 5 fl. 25 Kr. — Die einzelne Nummer wird mit die erste Einrückung 7 kr., für jede weitere Einrückung 3 1/2 Kr.; Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Kr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Kraukauer Zeitung“ (Großer Ring Nr. 39). Zusendungen werden franco erbeten. Redaction: Nr. 423 an den Mantua. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

Amtlicher Theil.

Se. I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster unterzeichnetem Diplom den Ousebischer Balthasar Ritter v. Thavonat in den Freiherrenstand des österreichischen Kaiserstaates allergnädigst zu erheben geruht.

Se. I. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 20. April d. J. den Feldsuperior in Udine Gustav Turinski zum Ehrenkommandanten am Kaiserlich-Königlichen Regimente in Mantua, und zwar mit Rücksicht der Taren allergnädigst zu ernennen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Kraukau, 12. Mai.

Ueber den augenblicklichen Stand der römischen Frage schreibt man dem „Waterland“ aus Paris, 7. Mai: Die Reise des Prinzen Napoleon nach Neapel bezweckt, ein Schutz- und Trutzbündnis zwischen Frankreich und Italien anzubahnen, in welchem die Lösung der römischen und venetianischen Frage vorsehen sei. Man fügt hinzu, die Lösung der römischen Frage bestehe darin, daß man dem Papste eine Frist stelle, sich durch Einführung von Reformen so einzurichten, daß er der französischen Armee entgegen könne. Die Woche ist mit Händen zu greifen: sind die Franzosen nicht mehr in Rom, so werden die Intriguen und die Agenten Victor Emanuels eine Bewegung gegen den Papst anzetteln. Darauf rechnet man. Hoffentlich bleibt der Papst bei seinem Entschlusse, Rom sofort zu verlassen, wenn die Franzosen abziehen; dem Kaiser erscheint die Räumung Roms vorzugsweise deshalb bedenklich, weil er die Verantwortung für den Sturz der weltlichen Macht nicht auf sich wälzen möchte; nichts wäre daher erwünschter, als wenn der Papst nach dem Abzuge der Truppen bliebe — um durch piemontesische Mandovers gestürzt zu werden, es würde dann heißen, der „Volkswille“ habe sich kundgegeben.

Ferner bringt das „Waterland“ einen Brief aus Rom, dem wir heute nur die Mittheilung, der Papst habe wiederholt den Kaiser ersucht, ihm den Abmarsch seiner Truppen eine Woche vorher anzugehen.

In der „Patrie“ finden wir folgende beachtenswerthe Note: „Prinz Napoleon soll am 10. d. M. von Paris nach Marseille abreißen, um sich dort an Bord der Dampfyacht „Terome-Napoleon“ direkt nach Neapel einzuschiffen. Die Reise des Prinzen gibt im Publikum und in der gesammten Presse Anlaß zu zahlreichen Kommentaren. Wir haben uns über diesen Punkt nicht auszusprechen; es liegt jedoch vollkommen am Tage, daß diese Reise unter den Umständen, in denen wir uns befinden, eine bedeutende Tragweite hat. Der Prinz hat in der italienischen Frage, namentlich durch seine neuerliche Rede im Senat, eine Haltung eingenommen, die keinen Zweifel über den Charakter und den Zweck der Reise, die er zu vollführen im Begriffe steht, aufkommen lassen kann. Uebrigens täuscht sich auch die immer so hellsehende öffentliche Meinung nicht über die Tragweite der in den letzten Tagen stattgehabten Zwischenfälle, und wir müssen konstatiren, daß der italienischen Frage im Sinne der Lösungen, die sich von der Politik der Transaction zu entfernen scheinen, ein bedeutender Impuls gegeben worden ist.“

Officiell spricht man anders. Wie verlautet hat der Minister der auswärtigen Angelegenheiten am 8. d. mehrere Mitglieder des diplomatischen Corps empfangen, u. A. die Vertreter Oesterreichs und Roms, und denselben erklärt, daß die Reise des Prinzen Napoleon nach Neapel durchaus keinen politischen Character habe; der Kaiser habe ihm nur die Erlaubniß gegeben, seinen Schwiegervater zu besuchen, den er zur Niederkunft seiner Gemalin einladen wolle. Es sei überdies keineswegs die Absicht des Kaisers, an dem Status quo zu rühren. Die Auberung des General Soyon, die Rückkehr des Herrn de Lavalette nach Rom, dies sei kaiserliche Hausdiplomatie und stehe mit den politischen Dingen in keinen Beziehungen. Das ist die officiële Sprache, von der man Act nehmen muß, in Erwartung der Ereignisse, welche unter ihrem Decamantel gesponnen werden.

Nach einer Pariser Corr. der „F. P.“ wäre die Lösung der römischen Frage, die gestern noch unmittelbar bevorzustehen schien, heute wieder vertagt — bis nach dem Concil in Rom, wie die Einen, ad Calendas graecas, wie die Andern behaupten. Ein Factum ist, daß General Soyon, der schon am 7. in Paris eintrafen sollte, am 8. Rom noch nicht verlassen hatte. Was Hr. v. Lavalette betrifft, so fragt man sich gleichfalls wieder, ob er nach Rom zurückkehren werde oder nicht. Die „Patrie“, die mit einem Ohr im Ca-

binet des Kaisers, mit dem andern auf die piemontesische Legation lauscht, versichert heute Abend, daß, wenn keine Aenderung eintritt (1), Hr. v. Lavalette Paris nächsten Dienstag verlassen werde. Auf andern Seiten aber will man wissen, daß dieser Diplomat wenig Lust zur Rückkehr nach der ewigen Stadt zeige, wo er statt des Generals Soyon den General Montebello zu finden fürchtet.

Das Organ Katazzi's, die „Monarchia nazionale“, sucht die übertriebenen Hoffnungen betreffs baldiger Lösung der römischen Frage zu dämpfen, welche sich an die Reise des Königs nach Neapel knüpfen. Als unmittelbares Resultat derselben stellt das Blatt dabei jedoch die gänzliche Entfremdung der bourbonnischen Elemente von Rom und die günstige Rückwirkung einer solchen Maßregel auf die Unterdrückung des Brigantowens in Aussicht. Das neapolitanische Blatt „Pop. d'Italia“ wendet sich, nachdem der Festjubel verrauscht, an Katazzi und sagt, in Neapel brauche man ganz andere Dinge als Musik und Poesie, nämlich Brot und Straßen.

Turiner Berichte wollen wissen, der Kaiser Napoleon sei auf seine alte Idee der Regelung der italienischen Angelegenheiten durch einen europäischen Congress zurückgekommen, und die „Italia“ behauptet sogar, die Chancen eines Congresses seien in diesem Augenblicke vortrefflich. Ein solcher Congress wird vom genannten Blatte als das beste Gegenstück zu der in Rom zusammentretenden Congregation der Bischöfe betrachtet. Und hierin ist wohl auch der Entscheidungsgrund jener Congressgerüchte enthalten; an sich zum Mindesten in hohem Grade verfrüht, werden sie von Turin aus in Cours gesetzt, um den Eindruck der Nachricht über das bevorstehende Concil zu paralysiren.

Ein Pariser Brief der „A. A. Ztg.“ bestätigt bereits Vieles von dem, was wir über die neuesten Unterhandlungen zwischen Napoleon und Victor Emanuel gemeldet haben. Er fügt hinzu, daß auch das alte Oberligurien sammt Turin und Genua an Frankreich abgetreten werden soll, aber erst nachdem der Kaiser dem König von Sardinien Venetien verschafft hat. Für Oesterreich würde eine anderweitige Gebietsentschädigung arrangirt werden!

Im turiner Handelsministerium ist man wegen der Nichtanerkennung des „Königreichs“ Italien in Deutschland in einiger Verlegenheit, welche sich zumal in den handelspolitischen Angelegenheiten fühlbar macht. Der Handelsminister Depoli hat daher bei mehreren deutschen Regierungen indirect anfragen lassen, ob dieselben Willens seien, dem Beispiele Badens zu folgen und „italienischen“ Consuln über die Equator zu erteilen. Die Antwort soll überall verneinend ausgefallen sein.

Zwei neue Noten des Schweizer Bundesrathes sind an das Turiner Cabinet gelangt; die eine betrifft die Tessiner Bisthumsangelegenheit, die andere die neapolitanischen Militärpensionen.

Der schweizer Bundesrath hat beschlossen, die japanesische Gesandtschaft zu einem Besuch in der Schweiz einzuladen.

In den dänischen Regierungsbureau herrscht gegenwärtig eine außerordentliche Rührigkeit. Es ist nämlich nicht länger Muthmaßung, sondern Thatsache, daß das Kopenhagener Cabinet allen Ernstes an die Einberufung der holländischen Provinzialständerversammlung denkt und die zu machenden notwendigen Vorlagen mit ungewöhnlicher Schnelligkeit vorbereiten läßt. In wohlunterrichteten Kreisen ist deshalb die Annahme vorherrschend: die unmittelbaren Rathgeber des Königs würden schon in einer der nächsten Staatsrathssitzungen über den Zeitpunkt des Zusammentritts der holländischen Stände, so wie über die Erwahlung der königlichen Landtagscommissars sich vereinigen.

Im Haag hat es die Regierung für nöthig gehalten, das Gerücht von einer Familien-Verbindung mit den Murats offiziell zu widerlegen.

In Madrid hat der Finanzminister auf eine Interpellation bezüglich der englischen Coupons geantwortet, er werde es beim Alten bewenden lassen.

„Pays“ stellt die Vermählung des Königs von Portugal mit einer preussischen Prinzessin in nahe Aussicht.

Die neueste Nummer der „Patrie“, welche am 8. Abends in Paris ausgegeben wurde, bringt ein Telegramm aus Konstantinopel vom 30. April, worin es heißt: „Die Pforte erwartet eine Copie des zwischen Omer Pascha und dem Fürsten Nikolaus von Montenegro stattgehabten Notenwechsels, um einen entscheidenden Beschluß zu fassen. Die Repräsentanten der Großmächte haben erkannt, daß die Pforte

das Recht habe, gegen Montenegro einzuschreiten, und daß ihre Haltung bis jetzt eine gemäßigtere war. Zwei von den Gesandten der Großmächte sprachen zwar den Wunsch aus, daß die Pforte auch jetzt noch schonend vorgehen soll; aber die Pforte erwiderte, daß die Truppen, welche sie in jenen Gegenden fortwährend erhalten müsse, eine nicht mehr zu ertragende Last für den Staatskass bilden.“

Der „Evant Herald“ erfährt aus guter Quelle, Mqs. de Moustier habe gegen die Ueberschreitung der montenegrinischen Grenze durch türkische Truppen förmlich protestirt. Der russische Gesandte Labanoff sei beauftragt, den Protest nicht nur zu unterstützen, sondern auch seine Pässe zu begehren, falls die Invasion stattfindet. In Folge dessen wurde Omer Pascha angewiesen, die Offensiv-Operation nicht über die Grenze auszu dehnen. Wir machen darauf aufmerksam, daß die letzte Levantepost nichts von dieser wichtigen Nachricht enthält.

Der „Courrier d'Orient“ meldet: Einer der vorzüglichsten Bezirke Daghestans sei unter Homma Bey gegen die Russen im offenen Kriege, habe unlängst dieselben geschlagen und vier Kanonen genommen.

Wie die Scharfsche Correspondenz aus guter Quelle melden kann, sind in diesem Augenblicke sehr lebhaft Verhandlungen zwischen den Cabinetten der Schwedische Griechenland über die nichts weniger als beruhigenden Zustände in diesem Königreiche, so wie über die griechische Thronfolgefrage im Zuge. Am Münchener Hof soll man sich definitiv für die eventuelle Thronfolge des ergeborenen Sohnes des Prinzen Luitpold erklärt haben, und zur Annahme der hieran in Bezug auf Religion und weitere Erziehung des griechischen Thronfolgers unter den Augen des griechischen Volkes gefnüpften Konsequenzen bereit sein. Rußland und Frankreich sind der Lösung der Thronfolgefrage in Griechenland durchaus nicht günstig gestimmt; von englischer Seite hingegen erfreut sich die Candidatur des Sohnes des Prinzen Luitpold um die griechische Thronnachfolge der besten Unterstützung.

Der französische Gesandte Mercier ist nach einer im britischen Unterhaus von Layard abgegebenen Erklärung ohne Instruktionen seiner Regierung nach Richmond gegangen; sein Besuch daselbst habe keinerlei politische Motive.

Wie der Pariser Correspondent des „Bat.“ das gegen meldet, wird sich der „Moniteur“ nächster Tage über die Reise des Herrn Mercier von Washington nach Richmond auslassen, und andeuten, daß Frankreich und England eine diplomatische Vermittlung zwischen den Nord- und Südstaaten auf der Basis der Anerkennung der letzteren begonnen haben.

In Paris spricht man von einem sechsmonatlichen Waffenstillstand, der durch Mercier's Vermittlung zwischen dem Bund und der Confederation abgeschlossen werden würde, während dessen die Häfen des Südens geöffnet sein sollen, und zwar auf den Antrag der Confederirten selbst. Bestätigt sich diese Nachricht, so darf Europa sich der Hoffnung hingeben, der Baumwollennoth bald abgeholfen zu sehen.

Auf Madagascar ist eine Revolution ausgebrochen. Der Vetter des Königs hat ein Komplott gegen dessen Leben angezettelt. Der König wurde angefallen, streckte jedoch den Mörder mit einem Schuß zu Boden. Nach den letzten hier eingetroffenen Nachrichten stehen die Rebellen noch unter den Waffen.

Die „Donau-Ztg.“ schreibt im „Pesther Lloyd“ vom 8. d. Mts. will ein Wiener Correspondent die „ähle Haltung“ des Finanzministeriums gegenüber „allen Modificationsvorschlägen“ zur Dankvorlage durch „gewisse Gerüchte“ erklären, die nach seiner Behauptung „aus den Kreisen einiger Finanzmatadoren in die Abgeordnetenkreise und von da weiter transpiriren.“ Der Correspondent schreibt erläuternd: „Es heißt nämlich, daß der Finanzminister mit den 1860er-Lösen schon so bindende Dispositionen getroffen hat, um die laufenden Auslagen zu bestreiten, daß eine andere gestaltete als die von der Regierung vorgeschlagene und der Nationalbank vereinbarte Verwendung derselben nicht mehr möglich ist.“ Wir wissen nichts von den Gerüchten, auf welche sich der Correspondent des „Pesther Lloyd“ bezieht, sind jedoch ermächtigt zu erklären, daß seine Vermuthungen rückfichtlich angeblich schon gemachter Dispositionen mit den 1860er-Lösen der Begründung entbehren.

Die „Wiener Ztg.“ schreibt: Die Pariser Correspondenz des Abendblattes der „Wiener Zeitung“, welche sich mit den „Entschlüssen und dem F. d. g. u. g. p. des „Glos“ beschäftigt, gibt dem „Glos“ Anlaß zu

einer Frage, der sich auch einige hiesige Blätter anzuschließen scheinen. Der „Glos“ erinnert, daß der „Glos“ verboten sei, und fragt mit Hinweisung auf den Prozeß des Herrn Kaczowski, wie man sich denn bezüglich des von der „Wiener Zeitung“ aus einer verbotenen Broschüre gebrauchten Auszuges verhalten solle? Wenn der „Glos“ in der Mittheilung der „Wiener Zeitung“ eine mit dem Gesetz im Widerspruch stehende Handlung findet, so eruchen wir ihn sich zuvor mit der bestehenden Gesetzgebung genau bekannt zu machen und darnach unter Verfahren bei Besprechung einer verbotenen Schrift zu beurtheilen und das seinige vorkommenden Falles zu bemessen. Wenn der „Glos“ aber die Publication der „Wiener Zeitung“ mit der, die den Prozeß des Herrn Kaczowski nach sich gezogen hat, gewissermaßen auf eine Linie stellen will, so möge er früher den diametralen Gegensatz in der Absicht und Richtung beider Publicationen näher in's Auge fassen. Wir wollen nicht sagen, daß der „Glos“ bei dieser Zusammenstellung auf eine Täuschung ausgeht. Es ist jedoch eine starke Zumuthung, diese Zusammenstellung für eine ernst gemeinte und aufrichtige zu halten.

Ueber das Verhalten der preussischen Regierung bei den Verhandlungen über den Handelsvertrag mit Frankreich schreibt man der „Prag. Bzg.“: Schon im Frühling des vorigen Jahres hatte die österreichische Regierung, im Hinblick auf das zwischen Oesterreich und dem Zollvereine bestehende Vertragsverhältniß, in vertraulicher Weise in Berlin Auskunft über den Inhalt und Zweck der dort mit Frankreich eingeleiteten Verhandlungen erbeten; diese Auskunft erfolgte nicht. Am 15. Sept. v. J. erneuerte es dieses Ersuchen in officieller Form und unter Beifügung einer Denkschrift, welche die Rückwirkungen eines von Preußen mit Frankreich abzuschließenden Vertrags auf die materiellen Interessen Oesterreichs und seine handelspolitische Stellung gegenüber dem Zollverein entwickelte. Die Antwort erfolgte nach sieben Monaten, am 7. April d. J., nachdem der Vertrag bereits zu Stande gekommen war. Dieser Vertrag wird darin nicht sowohl als ein Act der äußeren Handelspolitik, als vielmehr der inneren Reform dargestellt und die Hoffnung ausgesprochen, Oesterreich werde denselben vorzugsweise von dem Gesichtspunkte aus, daß eine Erweiterung der Verkehrsfreiheit ein nach allen Seiten hin tief empfundenes Bedürfniß sei, beurtheilen und außerdem nach sorgfältiger Prüfung zu der Ueberzeugung gelangen, daß auch den österreichischen Interessen im O. und Ganzen Vortheile daraus erwachsen, welche einzelne, meist scheinbare Beeinträchtigungen weit überwogen. Eine Rückäußerung der österr. Regierung darauf ist zur Stunde noch nicht erfolgt.

Wien, 9. Mai. Wenn Keckheit genügt, um einen parlamentarischen Redner-Staatsmann über auswärtige Angelegenheiten zu machen, so müßte Herr Kuranda allerdings der Preis gebühren. Außer dieser Keckheit und einer gewissen Fertigkeit im Sprechen hat aber derselbe keine einzige jener Gaben und jener durchdringenden Kenntnisse bewiesen, welche erforderlich sind, um ihn zum Führer des österreichischen Unterhauses im Fache der auswärtigen Angelegenheiten zu stempeln. Graf Rechberg würde ihn haben durch Ironie terrassiren können, hat dies aber unterlassen, da er ihm die Aufgabe gar so leicht machte. Kuranda fragte nach den allgemeinen Prinzipien, nach welchen Graf Rechberg die auswärtigen Angelegenheiten leite, und specificirte nur drei Fragen; die deutsche, die italienische und die Frage des preussisch-französischen Handels- und Zollvertrages, schimpfte überdies weiblich über die Gheß der kaiserlichen Missionen in Deutschland. Dies, soweit es die Gegenwart betrifft. Was die Vergangenheit angeht, erging Herr Kuranda sich in einer Kritik der äußeren Politik Oesterreichs seit 1815, und theilte diese Periode in vier Epochen: Metternich, Pillersdorf, Schwarzenberg, Rechberg. Ei, warum denn übergig Herr Kuranda die Epoche der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten durch den Grafen Buol? Diese Epoche ist die Wurzel der auswärtigen Uebel Oesterreichs und gerade die Poetik des Grafen Buol hat in Herrn Kuranda einen unermüdlichen Wertpöbiger in dem von ihm herausgegebenen Journale gefunden. Graf Rechberg hat mit dem ihm eigenen Tact sich in die historische Retrospective Kuranda's gar nicht eingelassen und bloß die große Gestalt des Fürsten Schwarzenberg gegen ihn, aber nicht seinetwegen, in Schutz genommen. Alles Uebrige, was der Graf Rechberg sagte, war nicht minder tactvoll. Nun, wenn ein Mann, der sich zum Führer des österreichischen Unterhauses in Betreff der äußeren Politik aufwirft, nicht weiß, daß eine österreichische Minister des Aeußeren kein an-

beres oberstes Prinzip haben kann, als das Interesse und die Machtstellung Oesterreichs, was blieb dem Minister sonst übrig, als es ihm zu sagen? Die Erklärungen des Herrn Ministers in Betreff der deutschen und italienischen Frage werden in Europa wiederhallen. In Betreff des französisch-preussischen Handelsvertrages hat sich Herr Kuranda schlecht unterrichtet bewiesen, indem er (sicherlich mit den Daumen in den Kermelschalen der Weste) dem Minister des Aeußern den Vorwurf machte, derselbe habe sich durch den Vertrag überrasschen lassen. Wir raten Herrn Kuranda, Politik zu studieren, bevor er sie zu seinem Steckenpferde fernhin macht, aber traun! wer Politik studirt hat, behandelt sie nicht als ein Steckenpferd.

Verhandlungen des Reichsrathes.

In der Sitzung des Herrenhauses vom 9. Mai wurden der Pressgesetz-Entwurf und der Entwurf über das Strafverfahren in Presssachen in dritter Lesung in der in vorhergehender Sitzung beschlossenen Fassung angenommen.

Hierauf wird der Bericht der Kommission für juristische Gegenstände, betreffend den Gesetzentwurf zum Schutze der persönlichen Freiheit und des Hausrechtes vom Berichterstatter Freiherrn v. Krauß vorgelesen.

Da es sich bei dem vorliegenden Gesetzentwurfe bloß darum handelt, daß das Haus über zwei Paragraphen, welche abzuändern beantragt werden, Beschlüsse fasse, so wird gleich zur Spezialdebatte geschritten und werden folgende von der Kommission beantragte Änderungen ohne Debatte angenommen.

In dem Entwurfe des Gesetzes zur persönlichen Freiheit hat Alinea 1 des §. 3 lautend:

„Wegen der Gefahr, daß die Untersuchung durch Verabredung des Beschuldigten mit anderen dabei Beteiligten oder mit Zeugen, oder durch Vernichtung der Spuren der strafbaren Handlung vereitelt, oder auf andere Weise erschwert werden könnte (St. P. D. §. 151, lit. c. §. 156 lit. b. §. 421), darf die Verwahrung und Untersuchungshaft wegen Uebertretungen oder Vergehen nicht über drei Wochen, wegen Verbrechen nicht über sechs Wochen dauern,“ wegzubleiben.

In der 2. Alinea dieses Paragraphes, lautend:

„Wegen eines durch die strafbare Handlung verursachten großen öffentlichen Aergernisses (St. P. D. §. 156 lit. d. und §. 424) kann weder die eine noch die andere verhängt werden,“

wäre statt der Worte: „die eine noch die andere“ zu setzen: „die Verwahrungs- noch die Untersuchungshaft.“

In dem §. 6, lautend:

„Jede in Ausübung des Amtes oder Dienstes gegen die vorkommenden Bestimmungen vorgenommene Beschränkung der persönlichen Freiheit ist im Falle des bösen Vorsatzes als Verbrechen des Mißbrauches der Amtsgewalt (§. 101 St. G.), außerdem aber als ein Vergehen mit Arrest bis zu einem Jahre an dem Schuldtragenden zu bestrafen.“

„Die wiederholte Verurtheilung wegen des vorbezeichneten Vergehens zieht kraft dieses Gesetzes Amts- und Dienstentsetzung nach sich.“

wäre anstatt der Worte: „außerdem ic.“ bis zum Schlusse der ersten Alinea zu setzen:

„zu behandeln, außer diesem Falle aber als Uebertretung mit Arrest bis zu 3 Monaten und bei wiederholter Verurtheilung mit ebenso langem, strengem Arreste zu bestrafen.“

Die zweite Alinea hätte wegzubleiben.

In dem Entwurfe des Gesetzes zum Schutze des Hausrechtes wäre im §. 4 lautend:

„Jede in Ausübung des Amtes oder Dienstes gegen die vorkommenden Bestimmungen vorgenommene Hausdurchsuchung ist im Falle des bösen Vorsatzes als das Verbrechen des Mißbrauches der Amtsgewalt (§. 101 des St. G.), außerdem aber als Vergehen mit Arrest bis zu 6 Monaten an dem Schuldtragenden zu bestrafen.“

„Die wiederholte Verurtheilung wegen des vorbezeichneten Vergehens zieht kraft dieses Gesetzes Amts- oder Dienstentsetzung nach sich.“

anstatt der Worte: „außerdem ic.“ bis zum Schlusse der ersten Alinea zu setzen:

„außer diesem Falle aber als Uebertretung gegen die Pflichten eines öffentlichen Amtes nach Vorschriften der §§. 331 und 332 des St. G. zu bestrafen.“

Die zweite Alinea hätte wegzubleiben.

Nächste Sitzung Donnerstag den 15. Mai.

Tagesordnung: dritte Lesung des Gesetzentwurfes zum Schutze der persönlichen Freiheit und zum Schutze des Hausrechtes, ferner der Bericht der politischen Kommission über den Gesetzentwurf zum Schutze des Briefgeheimnisses.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 9. Mai wurde die Debatte über das Budget der auswärtigen Angelegenheiten fortgesetzt.

Die Position der Gesandtenposten für Rußland mit 72.450 fl. und für Sachsen mit 27.720 fl. werden bewilligt. Ebenso der Posten für die provisorische Geschäftsführung in Turin durch die k. preussische Gesandtschaft in Turin mit 8000 fl., die Positionen für Schweden mit 40.475 fl., für die Schweiz mit 17.640 fl.

Für die Gesandtschaft bei Sr. Majestät dem Könige beider Sicilien werden 19.000 fl. für dieses Jahr bewilligt, und es bleibt dem Ermeßnisse des Ministers des Aeußern überlassen, die gesandtschaftliche Vertretung innerhalb dieser Grenze zu regeln.

Für Spanien werden 35.385 fl. bewilligt. Für Toscana beantragt der Ausschuss 3000 fl. für die Verwahrung des Archivs.

Rechbauer stellt den Antrag, das hohe Haus wolle die Erwartung aussprechen, diese Position werde

entfallen, da gegenwärtig der sicheren Uebertragung des Archivs auf österreichischen Boden nichts im Wege stehe. Der Antrag wird unterstügt.

Graf Rechberg: Die Uebertragung wird sobald als möglich erfolgen.

Graf Hartig: Unter den 3000 fl. befinden sich auch die Kosten des Transports.

Der Antrag Rechbauer wird abgelehnt. Für die Türkei werden 82.635 fl. und für Württemberg 17.010 ohne Debatte bewilligt. Die Ersparnisse bei den diplomatischen Bezügen betragen im Ganzen 88.833 fl. Die Ruhegehälter werden mit 47.420 fl., und die Wartegelder mit 48.090 fl. bewilligt.

Außerdem stellt der Ausschuss den Antrag: 1. Es sei die k. k. Regierung aufzufordern, ein Gesetz vorzulegen, wonach bezüglich der Botschafter und Gesandten in Zukunft die für alle übrigen Staatsbeamten gültigen allgemeinen Pensions-Quiescenten- und Disponibilitäts-Normalien in Anwendung zu kommen hätten, ferner 2., daß alle Wartegelder und Ruhegehälter in österreichischer Valuta ausbezahlt werden, ohne Rücksicht auf den Aufenthaltsort der Bezugberechtigten. Ohne Debatte angenommen.

Die allgemeinen gesandtschaftlichen Dienstauflagen bei allen k. k. Missionen werden mit 146.000 fl. die besonderen Dienstauflagen mit 34.055 fl. und die Reise- und Uebersiedlungskosten mit 106.000 fl. bewilligt.

Zur Deckung der Münz- und Wechselverluste werden 74.000 fl. und zur Deckung des Erfordernisses für die Percentualvorschuße à 30 Percent zu den Bezügen des im Auslande fungirenden diplomatischen und Consularcorps 284.000 fl. als Extraordinarium für 1862 bewilligt.

Die sämmtlichen bei den diplomatischen Auslagen beantragten Ersparnisse betragen 112.710 fl., und es bleibt ein Erforderniß mit 1.273.500 fl.

Die Zulagen an Cardinal Silvestri und Cardinal Reich in Rom im Gesamtbetrage von beinahe 16.000 fl. geben Anlaß zu einer Debatte.

Rechbauer verlangt abgeforderte Abstimmung über diese Posten. Dieselben werden mit Majorität bewilligt.

Man geht hierauf zur Verabredung des Erfordernisses für die Consulate über.

Der Ausschuss stellt den Antrag für 30 General-Consulate, 2 Generalagenten, 62 Consulate und Vice-Consulate, 60 kleinere Consularämter, 13 Agenten 480.740 fl., für Pensionen und Quiescentengehälte 28.960 fl., für Snadengaben 5150 fl., für 8 Consulatsleben 7140 fl., für den Director Erisfino 1890 fl., für Bauauslagen 2780 fl., für Reisekosten und Diäten 5490 fl., für Münztransporte und Verluste 2660 fl., zusammen 548.000 fl. zu bewilligen.

Ein Minoritätsantrag will das Consularinstitut dem Handelsministerium unterordnen.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen. Der Antrag der Minorität wird abgelehnt. Sodann werden der Regierung fünf Wünsche in Bezug auf die Verbesserung des Consularwesens ausgesprochen.

Der letzte dieser fünf Wünsche geht dahin, daß österreichische Unterthanen, besonders wenn solche in gemeinnützigen Missionen im Auslande wirken, in Zukunft sowohl an den k. k. Consulen als an den k. k. Gesandtschaften eine größere, den Gesandtschaften anderer Länder wenigstens gleiche Stütze finden mögen.

Das Gesammterforderniß des auswärtigen Amtes wird bewilligt mit 2.216.282 fl. und beschlossen, daß die in einer Abtheilung gemachten Ersparnisse dem Staatschatze zu Gute kommen.

Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr. Tagesordnung: Justizministerium.

Die dritte Section des Finanzausschusses hat bezüglich des §. 16 der Bankstatuten das Princip der Drittelbedeckung angenommen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 10. Mai.

Ihre Majestät die Kaiserin haben den Kirchen zu Maranovich, Esqua, Campora, Postira della Brazza und Rnin in Dalmatien namhafte Beträge zur Anschaffung von Kirchen-Paramenten und zu Kirchen-Reparaturen allergnädigst zu bewilligen geruht.

Se. k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Franz Karl sind heute Nachmittag von Prag nach Wien zurückgekehrt.

Se. k. Hoh. der Herr Erzherzog Albrecht wird in Kürze von Venedig bei Weilburg in Baden eintreffen. Wie es heißt, wird der Erzherzog, welcher zum Feldmarschall ernannt werden soll, sodann seinen bleibenden Wohnsitz in Wien nehmen.

Der Staatsminister Ritter v. Schmerling hat das Gesuch der Handels- und Gewerbekammer um Eröffnung des Kreises Trient von Deutschtirol und Einverleibung des ersteren in das österreichische Italien zurückgewiesen. In der Sitzung vom 30. April hat die genannte Kammer beschloffen, das nämliche Gesuch so oft zu erneuern, als sich eine günstige Gelegenheit darbieten würde.

Am 8. d. brachte die Salzburger Liedertafel und der Turnverein dem dort weilenden Staatsminister v. Schmerling eine Serenade und Fackelzug dar.

Die Mitglieder des Abgeordnetenhauses haben gestern die Maifahrt nach Orefenstein unternommen.

Deutschland.

Aus Mainz, 7. Mai wird geschrieben: Heute befehlt ein ein an den Straßencorps angeschlagenes Placat, daß der Kaiser von Oesterreich den Erzherzog Wilhelm zum Gouverneur der Festung Mainz ernannt habe, und daß im übrigen die Verhältnisse der Festungs-

verwaltung dieselben bleiben, wie bisher. Gegen 11 Uhr Vormittags traf der Erzherzog hier ein. Von Biebrich kommend, ritt er über die Rheinbrücke daher. Er zog in das schöne Mainz ein, wo vor mehr als vierzig Jahren sein Vater, auf seinen Vorberer ruhend, gleichfalls als Bundesfestungsgouverneur so gern verweilt hatte. Er begab sich sogleich nach dem Schloßplatz. Die Bundesgarnisonstruppen waren in Parade aufgestellt. Nach der Parade begab sich der Erzherzog nach dem Gouvernementsgebäude, wo um halb ein Uhr die Officiere der Garnison, um halb zwei Uhr die biesigen Beamten ihm vorgestellt wurden.

Mehrere Blätter veröffentlichten jetzt den Wortlaut des Vortrages, welchen die vereinigten holländischen Ausschüsse in der Bundestags-Sitzung vom 1. d. Mts. erstattet haben. Der Vortrag beschäftigt sich mit der Note des dänischen Bundestags-Gesandten vom 19. März d. J., in welcher derselbe Verwahrung dagegen eingelegt hatte, daß der Bundestag seine Competenz auf die nicht zum Bunde gehörigen Theile der dänischen Monarchie, namentlich auf das Herzogthum Schleswig ausdehne. Die vereinigten Ausschüsse weisen nach, daß es zu einer solchen Verwahrung an jeder Veranlassung fehle, und daß die Note, gegen welche dieselbe gerichtet ist, in dem Bundesrechte vollständig begründet ist.

Von der Gesamtzahl der preussischen Abgeordneten (352) waren in Berlin bis 8. d. M. 340 bekannt. Der Sieg der entschieden liberalen Parteien hat auch die künftigen Erwartungen derselben überfliegen. Die Fortschrittspartei zählte im letzten Abgeordnetenhaus 106 Mitglieder. Von diesen sind 105 wiedergewählt und von den neugewählten Mitgliedern, welche bisher nicht der Kammer angehört haben (zwischen 70 bis 80), werden wenigstens 30 zur Fortschrittspartei zu rechnen sein. Auch die den Fractionen Schmelzer und Beckum-Dolffs angehörigen Abgeordneten sind fast ohne Ausnahme wiedergewählt. Von den Stimmen, welche die entschieden liberalen Fractionen gewonnen haben, ist die Mehrzahl der katholischen Partei, ein Theil der Fraction Grabow abgerungen. Die erstere hat im Ganzen etwa 20 Stimmen eingebüßt. Die weiße Senation unter den Wahlvorgängen erregt es, daß der Minister v. d. Heydt, der sich sonst immer siegreich bei allen Wahltagen behauptet hat, diesmal in Eberfeld unterlag. Professor v. Sybel ist nicht als Candidat der Fortschrittspartei, sondern der sog. constitutionellen gewählt worden, jedoch bloß von 114 Wahlmännern, indem 78 sich der Abstimmung enthielten.

Das „Bat.“ läßt sich aus Berlin schreiben, der König sei sehr düster und man spreche sogar davon, daß er zu Gunsten seines Sohnes abzutreten gesonnen sei. Der Kronprinz von Preußen ist am 7. von London nach Berlin zurückgekehrt. Aus Königberg wird berichtet, daß trotz aller Warnungen die Auswanderungen preussischer Unterthanen, namentlich aus Westpreußen, nach Rußland noch immer kein Ende nehmen.

Wie aus Kassel, Freitag, 9. Mai, gemeldet wird, hat die Gensdarmerie zwischen Trysa und Ziegenhain, welche auf von der Verfassungspartei ausgegebene Flugblätter fahndete, dem Postboten von Frankfurt kommende verschlossene Pakete abgenommen und erbrochen, die gefuchten Flugblätter aber nicht gefunden.

Herr v. Dönniges ist zum bairischen Gesandtschaftsträger bei der Eidgenossenschaft ernannt worden.

Der Erzbischof von München, die Bischöfe von Speyer, Würzburg und Regensburg haben am Dienstag die Reise nach Rom angetreten.

In der württembergischen Kammer der Abgeordneten hat die in Württemberg bestehende Fortschrittspartei bei den Präsidentenwahlen ebenfalls einen glänzenden Sieg errungen. Der gewählte Präsident und die beiden Vicepräsidenten gehören der entschiedenen Fortschrittspartei an.

Frankreich.

Paris, 8. Mai. In der gestrigen Sitzung des Senats kam eine Petition des Erzbischofs von Rennes zum dritten und letzten Mal zur Verhandlung. Nach heftigen Debatten, bei denen sich besonders die Herren Ségur d'Aguesseau Larochetjacquelin, Cardinal Mathieu für, die Herren Boulay de la Meurthe und Stourm gegen den erzbischöflichen Antrag ausgesprochen, nachdem die sehr gründlich und weitläufig angelegte Petition selber vorgelesen und von Herren Billault als Regierungs-Commissar aus practischen Rücksichten der höheren Administration bekämpft worden war, nahm der Senat den Antrag des Herrn Grafen Boulay de la Meurthe an und ging vermittelst der Vorfrage über die Petition zur Tagesordnung über. Der Berichterstatter, Herr de Larochetjacquelin, konnte, nachdem der Minister seine Rede gehalten, nicht mehr das Wort erhalten. — Der Aufenthalt des Königs und der Königin von Holland in Paris wird sich dem Bernehmen nach bis zum 14. d. M. erstrecken, an welchem Tage der erstere nach dem Haag zurückkehren, die Königin aber sich nach Stuttgart begeben wird. Gestern sind der Kaiser, die Kaiserin, der König und die Königin nach St. Cloud gegangen. — Dem auf der Reunionsinsel erscheinenden Journal „La Malle“ ist wegen eines Artikels, der verlebende Insinuationen für einen der öffentlichen Dienste der Kolonie enthielt, eine Verwarnung erteilt worden. — Die Aussteller der Insel Corsika haben die von ihnen nach London geschickten Gegenstände, nach Beendigung der allgemeinen Ausstellung der unter dem Patronate des kaiserlichen Prinzen stehenden Waisen-Versorgungs-Anstalt zum Geschenk gemacht. Der Minister des Innern nimmt das Geschenk an und spricht den betreffenden Personen dafür seinen Dank aus. — Marschall Magnan hat an alle „dissidirenden Logen und Maurer“ ein Schreiben

gerichtet, worin er zur Einigkeit mahnt und die Hoffnung ausspricht, daß er nicht zu Mitteln werde greifen müssen, die seinem Herzen als Großmeister und Maurer wehe thun würden. — General v. Goyon wird nun erst in der nächsten Woche in Paris eintreffen. — Herr Mirès hat sein Geschäftslocal in der Rue Richelieu, das bei der von den Liquidatoren veranstalteten Versteigerung von dem Madrider Bankier Salamanca angekauft worden war, wieder an sich gebracht. Er wird darin, umgeben von 10 seiner getreuesten früheren Beamten, „die neue Aera“ mit einer Subscription für ein neues Actien-Unternehmen eröffnen.

Pariser Blätter zufolge wäre Marschall Pelissier von einer Gehirnhämorrhagie heimgeführt. Er soll in Algier eine Truppenrevue in Schlafrock und Nachtmütze abgehalten haben.

Belgien.

In der Sitzung der belgischen Kammer vom 7. d. hat Hr. Dumortier eine durch allseitigen Zufall genehmigte Motion eingebracht, wodurch der Präsident ermächtigt wird, die Tagesordnung des Hauses für die nächste Zeit selbstständig anzusetzen und alle aufstrebenden und Parteistragen davon fern zu halten. „Der Gesundheitszustand unseres vielgeliebten Monarchen hat durchaus nichts Berzweifeltes“, sagte der Antragsteller, „aber es ist nothwendig für uns, das Verhängniß der Fürsorgung in Frieden abzuwarten.“ Damit sind die Antwerpener und die Angelegenheit des Obersten Hayez vorab von der Tagesordnung verbannt.

Großbritannien.

London, 9. Mai. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses erklärte Layard als Antwort auf eine Interpellation Forskers, es sei mit Amerika ein befriedigender, gegen den Sklavenhandel gerichteter Vertrag abgeschlossen, welcher das gegenseitige Untersuchungsrecht gestatte. Derselbe beschuldigte die Regierung, daß sie fortwährend Bänkereien mit Frankreich anfangen, statt eine versöhnliche Politik zu befolgen. Das Ergebnis davon seien Rüstungen und Steuerlasten. Lord Palmerston fertigt ihn ironisch ab und betont Englands freundschaftliche Beziehungen zu Frankreich und sämmtlichen anderen Mächten.

Die japanesischen Gesandten waren vorgestern in Woolwich, um das Arsenal zu besichtigen. Natürlich zeigte man ihnen alle dort aufgestellten Maschinen, Kanonen, Gewehre und Geschosse jeder Art und Zahl, wahrscheinlich weniger um sie zu amüsiren, als um ihnen zu zeigen, daß mit England nicht gut Kirchen essen sei. Die Herren betrachteten Alles mit sichtbarem Interesse und ihre Secretäre machten sich ebensolche Notizen, aber von Neugierde oder Staunen verriethen sie nicht das Geringste.

Italien.

Briefliche Nachrichten melden, daß Victor Emanuel in Florenz einen eifrig kalten Empfang gefunden hat. Bei der Vorstellung der Behörden zeigte er sich sehr verstimmt, kurz angebunden und barsch. Die Florentiner legen ihm dies sehr übel aus. Bei dem Walle, welchen der Präfect des Abends zu Ehren seiner Anwesenheit gab, fehlten die meisten Engeladen.

Am 7. d. ist der König Victor Emanuel mit den Ministern nach Palermo gereist und hat dort wie in Neapel, wahrlich in Folge ähnlicher Vorkehrungen einen enthußhaftigen Empfang gefunden. Der Vicekönig von Aegypten ist nach Livorno weiter gereist.

Seit 25. v. M. bis 5. d. sind wie man dem „Bat.“ aus Mailand schreibt, aus der Lombardie allein 297 Mann ehemaliger neapolitanischer Regimenter, und zwar: 89 aus Mailand, 62 aus Monza, 58 aus Lodi, 47 aus Crema und 41 aus anderen Stationen desertirt. In Monza, Crema und Lodi wurde das Standrecht für Desertion proclamirt und drei Mann wurden bereits durch dasselbe in Monza zum Tode verurtheilt. Die Desertion ist übrigens in der ganzen Armee so ungeheuer eingegriffen und der republikanische Geist, hat sich Dank dem Element der Freischaren, so sehr in der Armee eingenistet, daß die Regierung nicht mehr auf ihre Regimenter zählen kann.

Aus Anlaß der neulichen Tumulte in Monza, wo das Volk den Bischof insultirte und sich später gegen die Fabrikanten zu wenden drohte, wurde vom dortigen Militärcommandanten das Martialgesetz proclamirt. Jede Zusammenrottung ist strengstens verboten und es dürfen nicht mehr als drei Personen auf öffentlichen Plätzen in Unterredung sich aufhalten. Gegen die Dabwiderhandelnden droht der Commandant mit Militärgewalt einzuschreiten.

Die Ablehnung des Commandos über das Genueser Freiwilligencorps von Seite Menotti Garibaldi's gibt viel zu reden. Man glaubt, Garibaldi habe befürchtet, daß sein Sohn dieser Aufgabe nicht gewachsen sei und habe ihn deshalb veranlaßt, das Anerbieten abzulehnen.

Aus Bologna, 9. Mai, wird gemeldet: Der Capitularvikar wurde zu dreijähriger, der Pfarrer Procolo zu einjähriger Haft verurtheilt.

Bezüglich der sogenannten ungarischen Legion schreibt man dem „Dresd. Z.“ aus Turin, daß dieselbe ihrer Auflösung nahe sei. Schuld daran sind die Brutalitäten des Obersten Mayerodi, der seine Officiere mit Dbrfeigen tractirte. Der Rest der Legion, der in den Provinzen Basilicata und Bari gegen den Aufstand verwendet, hat dem General Lamarmora durch eine Deputation erklärt, daß die Legion jenes Kampfes, der ihre Interessen nicht berührt, müde sei. Lamarmora hat jedoch die Deputation sehr barsch empfangen und ihr mit Arrest und Kriegsgericht gedroht. In Folge dessen haben 63 Officiere und 317 Soldaten um ihre Entlassung gebeten.

In Neapel machen sich seit einiger Zeit Muratistische Umtriebe bemerkbar. Es werden Medaillen mit

Nr. 3685. pr. Kundmachung (3767. 1-3)

des galizischen Statthalterei-Präsidiums. Ueber die Activirung der k. k. Statthalterei-Commission in Krakau...

Die Amtswirklichkeit der zu errichtenden Landesbehörde in Krakau hat die Stadt Krakau, den derzeitigen Krakauer Kreis, dann die Kreise Pleszów, Tarnów und Sandz...

Diese k. k. Statthalterei-Commission, sowie die k. k. Kreisbehörde in Wadowice, tritt mit dem 29. Mai 1862 in Wirksamkeit.

Von dem k. k. Statthalterei-Präsidium. Lemberg, am 5. Mai 1862.

N. 3685. Obwieszczenie.

C. k. galic. Prezydium Namiestnictwa. Względem ukonstytuowania komisji namiestniczej w Krakowie i władzy obwodowej w Wadowicach.

Zakres czynności nowego politycznego rządu krajowego w Krakowie ma się rozciągać na miasto Kraków, teraźniejszy obwód krakowski i obwody rzeszowski, tarnowski i sandecki...

Wspomniona c. k. komisja namiestnicza w Krakowie i c. k. władza obwodowa w Wadowicach rozpoczynają działalność z dniem 29. Maja b. r.

Od Prezydium c. k. Namiestnictwa. Lwów, dnia 5 maja 1862.

N. 6788. Kundmachung (3768. 1-3)

Der Tabak- und Stempel-Subverlag zu Saybusch (Zywiec) im Wadowicer Finanz-Bezirk wird im Wege der öffentlichen Concurrenz...

Der Verkehr betrug im J. 1861 an Tabak 63,764 Pfd. im Werthe von 40,248 fl. 35 kr., an Stempelmarken minderer Classe 2667 fl. 76 kr.

Der Erträgnis-Ausweis, sowie die näheren Bedingungen sind bei der k. k. Finanz-Bezirks-Direction in Wadowice und bei der Hilfsämter-Direction der k. k. Finanz-Landes-Direction in Krakau einzusehen.

Von der k. k. Finanz-Landes-Direction. Krakau, am 26. April 1862.

N. 6627. Licitations-Ankündigung (3732. 1-3)

Am 26. Mai 1862 wird bei der k. k. Finanz-Bezirks-Direction in Tarnów die Licitation zur Absonderung der Verpachtung der Religionsfondsgüter in Bierówka mit Niepla...

Die Nutzungs-Objecte dieser Religionsfondsgüter bestehen: A. Auf dem Religionsfondsgute Bierówka mit Niepla: a. in Grundstücken, wovon: a. 235 Joch 1480 □ Acker...

B. Auf dem Religionsfondsgute Chrzastówka: a. in Grundstücken, wovon: a. 125 Joch 951 □ Acker, b. 21 " 297 " Wiesen, c. 19 " 97 " Hutweiden...

Zusammen 165 Joch 1345 □ a. in der Propriationsgerechtsame; b. in der Benützung der vorhandenen Wohn- und Wirtschaftsgebäude.

Hierbei wird bemerkt, daß der mit 23. Juni 1862 ausretende Pächter an Inventarialanbau

A. auf dem Religionsfondsgute Bierówka mit Niepla a) 28 Koros 20 Garnek Winterweizen, b) 39 " 28 " Winterkorn, c) 26 " " " Gerste...

B. auf dem Religionsfondsgute Chrzastówka a) 17 Koros 10 Garnek Winterweizen, b) 26 " 25 " Winterkorn, c) 15 " " " Gerste...

jurdisch gelassen hat, welcher nach dem wirklichen Befunde gegen Reklurirung übergeben werden wird.

Die Licitationsbedingungen können bei der k. k. Finanz-Bezirks-Direction in Tarnów eingesehen werden.

Die wesentlichsten sind: 1. Der Ausrufspreis des einjährigen Pachtchillings beträgt für das Religionsgut Bierówka mit Niepla 1270 fl., für das Religionsgut Chrzastówka 636 fl.

2. Die Patronatsauslagen, die Grund- und Haussteuer sowie die dem Pachtgeber vorgeschriebene Einkommensteuer trägt der pachtgebende Fond...

3. Die Herstellung und Erhaltung der Gebäude liegt dem Pächter ob.

4. Wenn sich der Pächter wird angelegen sein lassen, die Vertragsbedingungen gewissenhaft zu erfüllen...

5. Bis zum Beginne der mündlichen Verhandlung werden auch schriftliche gehörig versiegelte mit der Stempelmarke pr. 36 kr. versehen und mit 10% Wadium belegte Offerte angenommen werden.

Von der k. k. Finanz-Landes-Direction. Krakau, am 25. April 1862.

N. 6626. Edict (3747. 2-3)

Vom k. k. Krakauer Landesgerichte wird dem abwesenden dem Wohnorte nach unbekanntem Johann Starowiejski mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht...

Da der Aufenthaltsort des Belangten Johann Starowiejski unbekannt ist, so hat das k. k. Landesgericht zu dessen Vertretung und auf dessen Gefahr und Kosten den hiesigen Advokaten Dr. Balko mit Substituierung des Advokaten Dr. Biesiadecki als Curator bestellt...

Meteorologische Beobachtungen. Tabelle mit Spalten für Tag, Stunde, Barom.-Höhe, Temperatur, Specifische Feuchtigkeit, Richtung und Stärke des Windes, Zustand der Atmosphäre, Erscheinungen in der Luft, Abänderung der Wärme im Laufe d. Tage.

Table with 8 columns: Tag, Stunde, Barom.-Höhe, Temperatur, Specifische Feuchtigkeit, Richtung und Stärke des Windes, Zustand der Atmosphäre, Erscheinungen in der Luft, Abänderung der Wärme im Laufe d. Tage.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen...

Krakau, am 14. April 1862.

N. 6178. Edykt (3750. 2-3)

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski otwiera krydę przeciw tarnowskiemu handlarzowi skór Salomoniowi Bernsteinowi, a to co do ruchomego gdziekolwiekbadz, zas co do nieruchomego w krajach koronnych...

Zarazem wyznacza się termin do możliwej ugody jako też w celu wyboru stalego zarządcy masy krydalnej i wydziału wierzycieli na 7 sierpnia 1862 o godzinie 4 popołudniu...

Tarnów, dnia 1 maja 1862.

N. 6498. Konkurs-Kundmachung (3765. 3)

Bei der Krakauer israelitischen Gemeinde sind mehrere Schlächterstellen zu besetzen. Der Concurs wird bis 20. Mai 1862 ausgeschrieben.

Die Candidaten haben sich über ihr Alter, Moralität und die Fertigkeit in der Führung des Messers legal auszuweisen...

Vom Magistrat der k. Hauptstadt. Krakau, am 28. April 1862.

N. 25064. Kundmachung (3766. 3)

Das hohe k. k. Staatsministerium hat mit dem Erlasse vom 12. April 1862 Z. 1401/63 im Einvernehmen mit dem h. Finanz-Ministerium die Bemautung der vom Trzebiner Bahnhofe nach Lgota führende Kreisstraße...

Was hiemit zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird. Von der k. k. galiz. Statthalterei. Lemberg, am 1. Mai 1862.

L. 25064. Obwieszczenie.

Wysokie c. k. Ministerstwo Stanu zezwolilo w porozumieniu z wys. c. k. Ministerstwem skarbu dekretom z dnia 12 kwietnia 1862 l. 1401 na omycenie drogi obwodowej od dworca kolei żelaznej w Trzebini do Lgoty prowadzącej...

Co się niniejszem do publicznej podaje wiadomości. Od c. k. galic. Namiestnictwa. Lwów, dnia 1 maja 1862.

Große Auswahl

modernen Rock- und Hosen-Stoffe, für ganze Anzüge, Damen-Mantille, Pique- und Seidenwesten - Kamelegarn-Zwirn und Pique-Stoffe für leichte Anzüge...

Wiener - Börse - Bericht vom 10. Mai. Öffentliche Schuld. A. Des Staates.

Table with columns: In Def. B. zu 5% für 100 fl., Aus dem National-Anleihen zu 5% für 100 fl., Vom Jahre 1851, Ser. B. zu 5% für 100 fl., Metalliques zu 5% für 100 fl., etc.

B. Der Kronländer. Grundrenten- und Obligationen.

Table with columns: von Meck. Österr. zu 5% für 100 fl., von Währen zu 5% für 100 fl., von Schellen zu 5% für 100 fl., etc.

Actien.

Table with columns: der Nationalbank, der Kreditbank für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. W., der Kaiserl. österr. Compt. Gesellschaft zu 500 fl. österr. W., etc.

Handbriefe.

Table with columns: der Nationalbank 10jährig zu 5% für 100 fl., auf österr. W., verlosbar zu 5% für 100 fl., etc.

Loose.

Table with columns: der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. Währung, Donau-Dampf-Schiff-Fahrts-Gesellschaft zu 100 fl. österr. W., etc.

3 Monate. Banke-Platz-Conto.

Table with columns: Augsburg, für 100 fl. süddeutscher Währ. 3/2%, Frankfurt a. M., für 100 fl. südd. Währ. 3%, etc.

Cours der Geldsorten. Durchschnitts-Cours.

Table with columns: Kaiserliche Münz-Dufaten, vollw. Dufaten, Kronen, 20Frankstück, Russische Imperiale, Silber.

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge vom 1. Mai 1861 angefangen bis auf Weiteres.

Abgang.

Table with columns: von Krakau nach Wien 7 Uhr Früh, 3 1/2 30 Min. Nachm.; nach Breslau, nach Warschau, nach Czernau, etc.

Ankunft.

Table with columns: in Krakau von Wien 9 Uhr 45 Minuten Früh, 7 Uhr 45 Minuten Abends; von Breslau und Warschau, etc.

Buchdruckerei-Geschäftsleiter: Anton Rother.